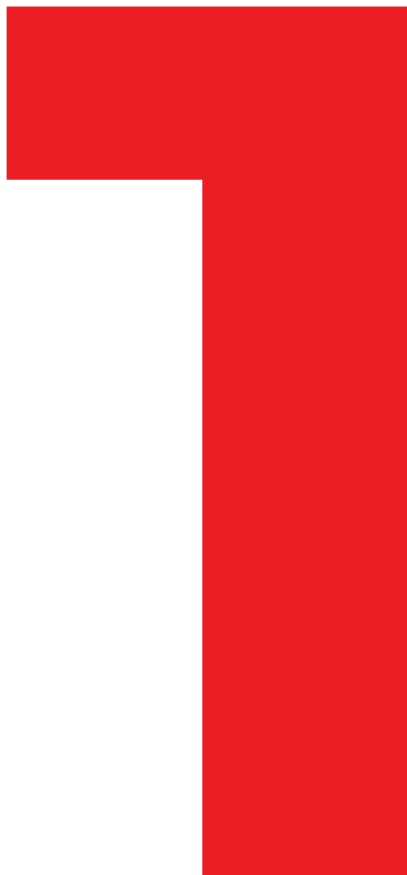


ERFOLGE UND HERAUSFORDERUNGEN DES **BINNENMARKTES**



DIE **SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION**
ANTWORTET AUF DIE ZEHN WICHTIGSTEN ANLIEGEN
DER **BÜRGERINNEN UND BÜRGER**



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

“ Das Europäische Wirtschaftsmodell muss auf drei Prinzipien beruhen: Wettbewerb, der stimuliert, Zusammenarbeit, die stärkt, und Solidarität, die vereint. ”

Jacques Delors, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission

“ Der Binnenmarkt übernimmt eine Schlüsselrolle in der Integration Europas. Es handelt sich aber um ein praktisches Werkzeug, nicht um eine Ideologie an sich. Deshalb müssen wir die soziale Dimension des Binnenmarktes stärken und sicherstellen, dass das Europäische Sozialmodell ein integraler Bestandteil davon ist. ”

Hannes Swoboda, Vorsitzender der S&D Fraktion

2012 feiern wir den 20. Jahrestag des Europäischen Binnenmarktes. 500 Millionen Europäerinnen und Europäer nutzen heute die Vorteile dieses grenzenlosen Wirtschaftsraums.

HAT ER DEN BÜRGERN WIRKLICH GEHOLFEN?

Der Binnenmarkt hat den Verbrauchern und Unternehmen zahlreiche handfeste Vorteile gebracht: eine größere Auswahl und niedrigere Preise durch mehr Wettbewerb im Markt; die Möglichkeit, EU-weit ungehindert zu reisen oder zu arbeiten; Zugang zu einem riesigen Markt für Unternehmen; und ein hohes Verbraucherschutzniveau.

Dennoch sind weitere Verbesserungen nötig und viele Herausforderungen müssen noch bewältigt werden.

Auf Ersuchen des Europäischen Parlaments hat die EU-Kommission auf der Grundlage der Ergebnisse einer öffentlichen Konsultation eine Liste der 20 wichtigsten Anliegen der Bürger und Unternehmen erstellt. Allerdings konnte sie dazu keine überzeugenden Lösungen anbieten.

Auf den folgenden Seiten beantworten wir die zehn wichtigsten Anliegen der Bürger. Es ist das oberste Ziel der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, der S&D Fraktion, den Bürgern in Europa eine moderne und erfolgreiche Verbraucherpolitik zu gewährleisten. Unsere Strategie verfolgt dabei vier Hauptthemen:

- Sicherheit der Verbraucher
- Information und Aufklärung der Verbraucher
- Verbraucherrechte
- Rechtsschutz und Rechtsdurchsetzung

Die S&D Fraktion ist der Auffassung, dass wir Führungsstärke und Weitsicht von Seiten der EU-Institutionen, sowie politische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten benötigen, um das Vertrauen in den Binnenmarkt wieder herzustellen.

In unserem Verständnis des neuen sozialen Europas streben wir ein politisches Konzept an, das nicht die Märkte, sondern die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir sind überzeugt, dass der Binnenmarkt noch großes ungenutztes Potenzial für Wirtschaftswachstum und sozialen Zusammenhalt bietet. Wir möchten aber die Wahrnehmung ändern, dass es beim Binnenmarkt nur um die Wirtschaft ginge. Deshalb greifen unsere Antworten konkrete Alltagsprobleme der Bürger auf und fördern die Stärkung ihrer Position im Binnenmarkt. Die S&D Fraktion ist fest davon überzeugt, dass genau dieses Ziel von allen Institutionen der EU verfolgt werden sollte.





„POWER TO THE PEOPLE – MEHR EINFLUSS FÜR DIE BÜRGER“ DAFÜR SORGEN, DASS DIE VERBRAUCHER NICHT DEN KÜRZEREN ZIEHEN

Beim Kauf von Waren und Dienstleistungen sehen sich die Bürger insbesondere im Ausland oft mit Problemen konfrontiert. Jedes Jahr **verlieren die Verbraucher** in solchen Fällen insgesamt geschätzte **50 Milliarden Euro** (rund 0,4% des europäischen Bruttoinlandsprodukts). Die Verbraucher werden sich beim Kauf von Waren und Dienstleistungen nur dann sicher fühlen, wenn sie sich zur Lösung von Konflikten mit Händlern auf nationale und europäische Vorschriften verlassen können. Es kommt darauf an, dass Verbraucherrechte nicht nur auf dem Papier existieren, sondern auch effektiv durchgesetzt werden. Klare Regeln für kollektive Rechtsdurchsetzung (Beilegung von Streitigkeiten als eine Gruppe von Klägern) und für alternative Streitbeilegung (Beilegung von Streitigkeiten ohne Gerichtsverfahren) kommen daher sowohl den Verbrauchern als auch den Unternehmen zugute.

WER IST BETROFFEN?

Alle !

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Um gut funktionieren zu können, ist der Binnenmarkt auf das Vertrauen der Verbraucher angewiesen. Und um dieses Vertrauen zu verbessern, müssen Verbraucher sich darauf verlassen können, dass ihnen im Fall von Streitigkeiten mit Händlern gerechte und günstige Lösungswege zur Verfügung stehen.

Die in Europa bestehenden Systeme zur außergerichtlichen Streitbeilegung waren bisher nur von begrenztem Erfolg gekrönt. Deshalb wollen wir, dass die Kommission ein EU-Gesetz vorschlägt, um **ein erschwingliches, effektives und zugängliches EU-weites System des kollektiven Rechtsschutzes** zu garantieren.

Wir unterstützen nachdrücklich den Kommissionsvorschlag für **alternative Streitbelegungsverfahren** (ADR). Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass den Verbrauchern bei Streitfällen mit Händlern **innerhalb einer Frist von 90 Tagen** Lösungsmöglichkeiten angeboten werden müssen. Wir unterstützen ebenfalls die Einführung einer **elektronischen Plattform für Online-Streitbeilegung** (ODR). Diese Systeme sollten allen Verbrauchern leicht zugänglich sein, wenn sie Waren und Dienstleistungen in den Mitgliedstaaten der EU kaufen möchten.





EIN BANKKONTO ZU ERÖFFNEN DARF KEIN ALPTRAUM MEHR SEIN!

Wer ins Ausland zieht, kann Probleme bei der Eröffnung eines Bankkontos haben, weil daran oft Bedingungen hinsichtlich des Wohnsitzes und/oder des Beschäftigungsverhältnisses geknüpft sind. Dies betrifft vor allem Studierende, aber auch Personen, die ins Ausland gehen, um dort zu arbeiten. Für Aufenthaltsberechtigte und Zeitarbeiter aus Drittstaaten ist der Zugriff auf ein einfaches Bankkonto sogar fast unmöglich.

Ohne Bankkonto sind jedoch viele grundlegende Transaktionen des Alltags, wie der Erhalt von Lohnzahlungen, Sozialleistungen und das Bezahlen der Miete schwieriger oder teurer.

WER IST BETROFFEN?

Alle Verbraucher in der Europäischen Union.

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Ganz einfach: Die S&D Fraktion ist der Ansicht, **dass der Zugang zu einem Basiszahlungskonto ein universelles Recht sein sollte**. Das wird die Bekämpfung der sozialen und finanziellen Ausgrenzung in unserer Gesellschaft erleichtern und die Integration und Mobilität von Arbeitnehmern und Studierenden im Europäischen Binnenmarkt verbessern. Zusätzlich wird der Online-Handel angekurbelt.

Wir fordern daher ein europäisches Gesetz, um diesen Anspruch für alle Personen mit rechtmäßigem Aufenthalt in der EU rechtlich zu verankern. Ein Basiskonto sollte den Zugang zu allen grundlegenden Bankgeschäften gewährleisten, eine Zahlungskarte bereitstellen und vorzugsweise kostenlos sein.





KREDITE UND HYPOTHEKEN: MEHR TRANSPARENZ, BITTE!

Die Verbraucher tun sich immer schwerer mit den zunehmend komplexen und riskanten Finanzprodukten, die ihre Banken ihnen am Schalter anbieten.

Die Märkte für Finanzprodukte wie Kredite, Hypothekarkredite und Girokonten zählen zu den schlechtesten, was Transparenz, Vergleichbarkeit, Vertrauen, Bearbeitung von Beschwerden und Einfachheit des Anbieterwechsels anbelangt. Studien belegen diese Problematik für Verbraucher regelmäßig.

Wirksame Regulierung, Information und effizienter Rechtsschutz sind daher unerlässlich, um die grundlegenden wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher zu schützen. Sie sind aber genauso wichtig, um private Ersparnisse in solide Investitionen zu lenken, die wiederum der Realwirtschaft zufließen.

WER IST BETROFFEN?

Alle Verbraucher, die Bank-, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen in Anspruch nehmen. Manche Gruppen sind besonders betroffen, beispielsweise Arbeitnehmer, die in freiwillige Rentenpläne einzahlen, oder Verbraucher, die eine Hypothek aufnehmen.

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Die S&D Fraktion ist der Ansicht, dass der Binnenmarkt eine **spezielle Regulierung für Finanzdienstleistungen im Privatkundenbereich benötigt, einschließlich eines Verbots sehr komplexer und riskanter Produkte für Normalverbraucher.**

Wir fordern außerdem **einheitliche und standardisierte Regeln, damit Verbraucher klare und zugängliche Informationen** über Finanzprodukte erhalten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Durchschnittsverbraucher in der Finanzbranche besonders schutzbedürftig ist.

Wir glauben, dass in diesem Bereich EU-Rechtsvorschriften für den effektiven Verbraucherschutz notwendig sind, damit Verbraucher – auf nationaler Ebene wie auch EU-weit – gemeinsam klagen können, wenn sie den gleichen Schaden oder Verlust erlitten haben.



4

AKADEMISCHE UND BERUFLICHE QUALIFIKATIONEN MÜSSEN EU-WEIT ANERKANNT WERDEN

Fachkräfte, die von den Möglichkeiten der Mobilität innerhalb der Europäischen Union Gebrauch machen, sehen sich nicht selten mit erheblichen Hindernissen konfrontiert, weil zahlreiche Qualifikationen wegen unterschiedlichen nationalen Regeln nicht automatisch anerkannt werden. Auch Studierende, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat studieren möchten, können Schwierigkeiten haben. Damit Fachkräfte, Forscher und Studierende sich frei bewegen können, und um Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern, brauchen wir eine zuverlässige und einfache Regelung der europaweiten Anerkennung von Berufsabschlüssen.

WER IST BETROFFEN?

Alle europäischen Fachkräfte und Studierende, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat arbeiten oder studieren möchten.

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Die S&D Fraktion hat eine grundlegende Überprüfung der bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise gefordert. Das oberste Ziel bleibt die **Schaffung eines wirksamen Systems der automatischen Anerkennung von Berufsqualifikationen** auf der Grundlage harmonisierter und gegenseitig anerkannter Standards.

In Fällen in denen eine automatische Anerkennung jedoch nicht möglich ist, unterstützen wir nachdrücklich die Einführung eines freiwilligen **europäischen Berufsausweises**. Dieser Ausweis soll die maßgeblichen Berufsinformationen enthalten und die Mobilität von Fachleuten in Europa erleichtern. Die Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere junger Fachkräfte würden dadurch erheblich verbessert.

Damit eine solche Regelung funktioniert, müssen Studierende im Ausland wirksame Unterstützung erhalten. Mit Diskriminierungen hinsichtlich Gebühren, finanzieller Unterstützung und der Anerkennung von Abschlüssen muss Schluss sein, damit Studierende sich frei bewegen können und Ausbildung und Innovation verbessert werden. So sollten beispielsweise Forschungsstipendien nicht an nationalstaatlichen Grenzen enden, sondern auch in jedem anderen EU-Mitgliedstaat genutzt werden können.





PASSAGIERRECHTE

Passagiere – ob per Flugzeug, Schiff, Bus oder Zug – sind in einer benachteiligten Position, wenn sie Probleme mit Verspätungen oder mit ihrem Gepäck haben. Obwohl die EU sich bemüht, Passagiere über ihre Rechte zu informieren und deren Durchsetzung zu überwachen, werden die Passagierrechte oft ignoriert.

Das EU-Passagierrecht ist noch nicht vollständig und korrekt umgesetzt und die nationalen Behörden wenden es noch immer unterschiedlich an. Das verwirrt die Passagiere und führt zu Marktverzerrungen. Darüber hinaus sind die Beschwerdeprozeduren und die Entschädigungsverfahren komplex und unzureichend.

WER IST BETROFFEN?

Jeder, der in Europa reist.

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Wir unterstützen die Bemühungen der Kommission, **ein integriertes, wettbewerbsfähiges und umweltfreundliches öffentliches Verkehrssystem** zu fördern und ermutigen sie, weiter an der Schaffung passagierfreundlicher Netze zu arbeiten. Die EU nimmt eine Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel ein, und wir möchten **mehr Bürger motivieren, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen**. Passagiere sollten einen Verkehrsdienst erwarten können, der für alle funktioniert, sie respektvoll behandelt, bei Problemen im Zusammenhang mit ihrer Reise Hilfestellung bietet, transparente Regeln bezüglich der Reisebedingungen hat und die Reiseverträge vollständig einhält.

Wir wollen **Rechtsvorschriften für Passagierrechte auf EU-Ebene**, um zu gewährleisten, dass alle Passagiere einen fairen und gleichberechtigten Zugang zu einem anständigen öffentlichen Personenverkehr haben, und um das Beschwerdesystem zu verbessern.

Es ist ein großes Anliegen der S&D Fraktion die Rechte besonders schutzbedürftiger Passagiere zu garantieren. Wir glauben, dass Verkehrsmittel diskriminierungsfrei sein müssen und dass Passagiere mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität vom Zeitpunkt des Ticketkaufs bis zum Ende der Reise gleichberechtigten Zugang haben sollten. Es ist inakzeptabel, dass es gegenwärtig bei der angebotenen Hilfestellung und den Zusatzkosten für Passagiere mit eingeschränkter Mobilität große Unterschiede gibt.





SOZIALVERSICHERUNGSRECHTE UND RENTENANSPRÜCHE IN DER EU

Derzeit wagt nur ein kleiner Prozentsatz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Umzug in einen anderen Mitgliedstaat. Das liegt zum Teil daran, dass Sozialversicherungsrechte und Rentenansprüche verloren gehen können. Komplexe Vorschriften, Hindernisse und Diskriminierung beim Zugang zu Sozialversicherungsrechten und Rentenansprüchen erschweren die Durchsetzung der individuellen Rechte der Bürger in diesem Bereich.

Dies stellt ein weiteres Hindernis für die Freizügigkeit im Binnenmarkt dar und hemmt Beschäftigungs- und Wachstumspotentiale.

WER IST BETROFFEN?

Alle EU-Bürger und Arbeitnehmer, die in einem anderen Mitgliedstaat leben und arbeiten möchten.

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Die S&D Fraktion tritt dafür ein, dass die Sozialversicherungsrechte und Rentenansprüche der Arbeitnehmer überall, wo sie hingehen, gewahrt bleiben.

Um dies zu erreichen, wollen wir, dass die EU neue Harmonisierungsvorschriften beschließt, **damit die Bürger auf ihre erworbenen Ansprüche zugreifen können, wo auch immer sie in Europa leben – ein Recht, das auch als „Portabilität“ bekannt ist.** Gleichzeitig glauben wir, dass eine bessere Nutzung von Online-Verwaltungssystemen und eine elektronische Zertifizierung das System noch effizienter machen würden.





HOCHWERTIGE, ERSCHWINGLICHE ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN

Universeller und bezahlbarer Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen – z.B. Wasser- und Energieversorgung, Gesundheits- und Sozialdienste, Bankgeschäfte, elektronische Kommunikation, Postdienste und Verkehr – ist ein Grundrecht für alle EU-Bürger und in der EU ansässigen Personen. Damit unsere Gesellschaft integrativ und ausgewogen bleibt, brauchen wir Gesetze auf europäischer Ebene, die garantieren, dass alle Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben.

WER IST BETROFFEN?

Alle EU-Bürger und legal Ansässige aus Drittländern.

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Die S&D Fraktion hat stets betont, **dass öffentliche Dienstleistungen für das Wohlergehen der Bürger grundlegend sind und gesetzlich garantiert werden müssen.** Das soll sicherstellen, dass alle Bürger **hochwertige und sichere Dienstleistungen erhalten und gleich behandelt werden, zu Preisen, die transparent und erschwinglich sind.** Unserer Ansicht nach ist die soziale Dimension des Binnenmarktes von entscheidender Bedeutung. Wir wollen ein neues Gesetz, **das Universaldienstverpflichtungen in Bezug auf Zugang, Qualität und Erschwinglichkeit** festlegt.

Wir brauchen einen **Rechtsrahmen**, der Qualität garantiert, beispielsweise bei der Weiterentwicklung von Gesundheits- und Sozialdiensten, die grundlegend für den sozialen Zusammenhalt, für die Bürger und die Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft sind.

Wir wollen das **System der Inhouse-Bereitstellung von Dienstleistungen beibehalten** (Vergabe eines Auftrags über die Erbringung bestimmter Dienstleistungen durch eine Gebietskörperschaft an eine Genossenschaft, der sie selbst angehört). Es muss klar sein, dass Behörden aller Ebenen die Befugnis haben, zu entscheiden, in welchem Ausmaß sie Dienstleistungen unter Nutzung ihrer eigenen Ressourcen und in Zusammenarbeit mit anderen Behörden selber bereitstellen möchten.





EINE GEMEINSAME POLITIK FÜR BEZAHLBARE ENERGIE

Hohe Treibstoffpreise sorgen für immer stärkeren finanziellen Druck auf die privaten Haushalte. Europa wird zunehmend abhängiger von Gas- und Ölimporten. Das macht uns gegenüber externen Einflüssen anfällig. Nachhaltige, sichere und bezahlbare Energie ist eine der großen Herausforderungen, die uns Europäer und Europäerinnen im 21. Jahrhundert vereinen muss. Die gemeinsame Energiepolitik kommt aber nur langsam voran und verfügt auf der europäischen Ebene nur über wenige Ressourcen. Das hat starke Auswirkungen auf die Energierechnung der Verbraucher.

WER IST BETROFFEN?

Private Haushalte und Unternehmen.

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Erhebliche Anstrengungen sind erforderlich, um Europas Energieinfrastruktur zu modernisieren und die Netze grenzüberschreitend zu verknüpfen. Die S&D Fraktion begrüßt den **Kommissionsvorschlag für die Fazilität „Connecting Europe“, der 40 Milliarden Euro zur Finanzierung vorrangiger Verkehrs-, Energie- und digitaler Netze vorsieht**. 9,1 Milliarden davon sollen für den Bereich Energie ausgegeben werden.

Das ist von enormer Bedeutung für den Ausbau des Energiebinnenmarktes und das Erreichen der **energie- und klimapolitischen Ziele der EU**. Die damit verbundenen Investitionen werden außerdem Arbeitsplätze schaffen und das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

Nichtsdestotrotz sind wir der festen Überzeugung, **dass Energieeffizienz von entscheidender Bedeutung ist**. Die Auswirkungen der unlängst verabschiedeten **Energieeffizienz-Richtlinie** sollten bei der Planung der zukünftigen Infrastruktur daher ebenfalls berücksichtigt werden.

Wir setzen uns für eine stärkere Rolle der EU bei der Koordinierung und Integration einzelstaatlicher Anstrengungen ein, die für die Einhaltung der ehrgeizigen 2020-Ziele der EU unerlässlich sind: Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20%, 20% der Energie aus erneuerbaren Quellen und Steigerung der Energieeffizienz um 20%.





GLEICHBERECHTIGTER INTERNETZUGANG FÜR ALLE UND EIN STARKER IMPULS FÜR DEN ONLINE-HANDEL

Die europäischen Verbraucher haben beim Online-Shopping immer noch zahlreiche Hürden zu überwinden und können die Vorteile der größeren Auswahl und der niedrigeren Preise nicht immer wahrnehmen. Allein eine Ankerbelung des Online-Handels mit Waren würde einen neuen Markt von rund 11,7 Milliarden Euro schaffen. Doch viele Bürger haben noch immer keinen gleichberechtigten Zugang zum Internet, und das Vertrauen in den Online-Einkauf ist weiterhin gering.

WER IST BETROFFEN?

Bürger, die das Internet nutzen und online einkaufen wollen.

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Es ist wohl nicht überraschend, dass die S&D Fraktion einen **gleichberechtigten Zugang zum Internet für alle Bürgerinnen und Bürger** unterstützt. Für uns ist dies eine Dienstleistung, die für alle verfügbar sein sollte.

Damit die Verbraucher Vertrauen schöpfen, müssen wir ihnen **präzise und transparente Informationen** über Online-Shopping in ihrem Heimatland und in anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen. Wir müssen auch die Einzelhändler, die ihre Waren im Internet verkaufen wollen, mit Informationen versorgen und ein System für eine schnelle, effiziente und bezahlbare Online-Streitbeilegung voranbringen. Wir sind zudem für **eine weitere Harmonisierung des europäischen Verbraucherrechts**, um sicherzustellen, dass Verbraucher umfassend geschützt sind, wenn sie in einem anderen EU-Mitgliedstaat einkaufen.





SICHERE PRODUKTE, BESONDERS FÜR UNSERE KINDER

Wenn wir das Vertrauen der Verbraucher in den Binnenmarkt festigen wollen, müssen wir die Sicherheit und Qualität der verkauften Produkte gewährleisten. Die bestehenden Vorschriften müssen verbessert und durchgesetzt werden, um die Öffentlichkeit zu schützen. Besonderes Augenmerk muss dabei auf Produkte für schutzbedürftige Verbraucher – insbesondere für Kinder – gerichtet werden.

WER IST BETROFFEN?

Alle Verbraucher, insbesondere aber Kinder.

WAS SCHLAGEN WIR VOR?

Wir sind für einen umfassenden Ansatz beim **Schutz von besonders schutzbedürftigen Verbrauchern und Kindern durch höchste Qualitätsstandards**. Die S&D Fraktion hat an vorderster Front für eine strengere Gesetzgebung zum Schutz der Verbraucher gekämpft, insbesondere für den Schutz vor gefährlichen Substanzen in Spielzeug. Wir fordern die Kommission auf, die allerneueste wissenschaftliche Forschung zu überwachen und die ‚rote Liste‘ der Chemikalien zu aktualisieren, die bei der Herstellung von Spielzeug verboten sind. **Auf keinen Fall dürfen wir das Risiko eingehen, dass Kinder Stoffen ausgesetzt werden, die ihrer Gesundheit schaden.**

Aber selbst die besten Gesetze können Verbraucher nicht schützen, wenn sie nicht in allen EU-Mitgliedstaaten ordnungsgemäß angewendet werden. Eine EU-weite **Marktüberwachung** ist notwendig, um die Koordinierung mit den nationalen Qualitätskontrollsystemen zu verbessern. Deshalb setzen wir uns für ein europäisches System ein, das eine effektive Überwachung, den Austausch bewährter Praktiken und Informationskampagnen für die Bürger umfasst.

twitter

www.twitter.com/TheProgressives

facebook

www.facebook.com/SandD.Group

You Tube

www.youtube.com/socsanddems

www.socialistsanddemocrats.eu



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Scan this tag with your
smartphone and find more
about the single market
Get your FREE tag reader
at <http://gettag.mobi>

